

Pressemitteilung

Gelsenkirchen, 15. September 2022



Tarifanpassung deutlich unter Inflationsrate

Steigende Kosten machen erheblichen zusätzlichen Finanzierungsbedarf im Nahverkehr notwendig

Der Verwaltungsrat des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR) hat in seiner heutigen Sitzung mehrheitlich einer Preisanpassung bei den Tickets um durchschnittlich 3,9 Prozent zum 1. Januar 2023 zugestimmt. Nachdem der VRR die Ticketpreise im Jahr 2021 stabil gehalten und in diesem Jahr moderat erhöht hat, machen die hohen und stetig steigenden, inflationsbedingten Betriebskosten bei den Verkehrsunternehmen eine Tarifanpassung in besagtem Umfang notwendig. Allein der zusätzliche, jährliche Finanzierungsbedarf zur Sicherung des Leistungsangebots im Verbundraum beträgt 500 Millionen Euro. Die für das kommende Jahr geplante Preisanpassung liegt deutlich unter der derzeitigen allgemeinen Inflationsrate.

Eine Tarifentscheidung ist als Beitrag zur zukünftigen Aufrechterhaltung des ÖPNV-Angebots trotz der aktuellen Diskussion um ein „Klimaticket“ als Nachfolgeprodukt zum 9-Euro-Ticket notwendig. Zudem benötigt eine reguläre Tarifumstellung bei allen Verbundunternehmen in der Regel rund drei Monate. „Die derzeitige Diskussion um eine weitere bundesweite Tarifinitiative hat der Verbund bei seinen Tarifentscheidungen natürlich im Blick. Solange sich Bund und Länder allerdings noch nicht geeinigt haben, werden wir formelle Beschlüsse fassen. Die Tarifierhöhung bleibt in einem für unsere Kundinnen und Kunden vertretbaren, für die künftige Finanzierung zwingend notwendigen, aber längst nicht ausreichenden Rahmen. Sie soll die Verkehrsunternehmen dabei unterstützen, ihr Verkehrsangebot zu sichern“, sagt José Luis Castrillo, Vorstand des VRR.

Die jetzt beschlossene Preismaßnahme ist der sehr dynamischen wirtschaftlichen Situation geschuldet. Denn auch die Verkehrsunternehmen bekommen nach wie vor die aktuell angespannte Preisentwicklung mit einer Inflationsrate in Höhe von fast 8 Prozent zu spüren. Neben den allgemein steigenden Kosten für Personal sind es insbesondere die Kosten für Energie, die es zu finanzieren gilt. Nach aktuellen Hochrechnungen ergibt sich für 2023 ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf für den Nahverkehr im VRR von 500 Millionen Euro pro Jahr, der sich aus erwarteten

Mehraufwendungen für Energie und Corona-Schäden zusammensetzt. Dieser ist durch die kommunalen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen allein nicht kompensierbar. Die derzeitigen Einnahmen reichen nicht mehr aus, um die Aufwandssteigerungen bei den Verkehrsunternehmen zu decken. Bleibt die Situation so, wie sie ist, wird es perspektivisch nicht möglich sein, den Status quo des derzeitigen Angebots zu halten. Der VRR sieht die Bestandsverkehre zunehmend gefährdet. Um also das Verkehrsangebot für das kommende Jahr aufrechterhalten zu können, werden die Nutzer*innen in der aktuellen Situation einen Beitrag zur Finanzierung des Angebots der Unternehmen leisten müssen.

Das aktuelle ÖPNV-Angebot kann durch diese Tarifmaßnahme allerdings nur zum Teil finanziert werden. Weitere erhebliche finanzielle Mittel seitens des Bundes und des Landes sind erforderlich, um das Leistungsangebot des SPNV und des ÖSPV auch im kommenden Jahr stabil zu erhalten. Vor dem Hintergrund der prekären Finanzsituation im ÖPNV fordern die VRR-Gremien den Bund und das Land NRW deshalb erneut auf, sich im Hinblick auf die Energiekosten- und sonstigen Aufwandssteigerungen kurzfristig über zusätzliche Finanzmittel für den Nahverkehr zu einigen.

Sozialticket im Abonnement

In den letzten zwei Jahren hatte die Corona-Krise enorme Auswirkungen auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Insbesondere Menschen aus einkommensschwachen Haushalten, sind immer häufiger auf Sozialleistungen angewiesen. Umso bedeutender ist es, das SozialTicket weiterzuentwickeln und im Sinne der Daseinsvorsorge einkommensschwachen Menschen im Verbundgebiet den Zugang zu den öffentlichen Mobilitätsangeboten zu ermöglichen. So wird berechtigten Kund*innen ab dem 1. Januar 2023 das SozialTicket auch als attraktive preislich günstige Abo-Variante angeboten.

Klimaticket

Der VRR wird die Einführung eines bundesweiten Klimatickets als Nachfolgeticket des 9-Euro-Tickets zum 1.1.2023 vollumfänglich unterstützen. „Ein solches bundesweites Angebot wird sich auch auf das VRR-Tarifsystem auswirken. Wenn die Rahmenbedingungen feststehen, werden wir unser Portfolio von Grund auf prüfen. Auch bei der weiteren Tarifinitiative des Bundes wird der VRR sicherstellen, dass alle Nahverkehrskund*innen profitieren“, sagt Castrillo. „Voraussetzung ist allerdings, dass gleichzeitig Finanzmittel von Bund und Land für die erheblichen Aufwandssteigerungen und Einnahmeausfälle zur Verfügung gestellt werden.“

Wann eine neuerliche Tarif-Initiative innerhalb des VRR und seiner Verkehrsunternehmen umgesetzt wird, liegt an der jeweiligen Ausgestaltung. Der VRR geht davon aus, dass es zu Jahresbeginn 2023 an den Start geht.

Kontakt für Journalisten:

Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Dino Niemann; E-Mail: presse@vrr.de; Telefon:
0209/1584418